

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

August 2002



Arbeitsplätze schafft, wer das Investieren begünstigt

Woran sollten die Bürger die wirtschaftliche Kompetenz von Menschen und Parteien messen, die sich um die politische Führung dieses Landes bewerben? „Arbeit“ wäre kein schlechtes Stichwort. Es gibt niemanden, der kein Interesse daran hätte, in einer Wirtschaft zu leben, die viele Arbeitsplätze bereitstellt. Wer keine

Arbeit hat, der wird sich – in aller Regel – glücklich schätzen, einen Arbeitsplatz zu finden. Die bereits Beschäftigten haben eine umso bessere Einkommensperspektive, je mehr Vakanzen es für ihre Qualifikation gibt. Und es ist ein Irrtum zu glauben, die „Kapitalisten“ im Gewande der „Lohnrücken“ seien an einer industriellen Reservearmee interessiert. Nein: Sie wollen ihre Produkte an gut verdienende Arbeitnehmer verkaufen.

Jeder weiß heute: Nur in einer Wirtschaft, in der es viele und immer wieder neue, gut bezahlte Arbeitsplätze gibt, ist auch für die Unternehmen etwas zu verdienen. Hoch beschäftigte Wirtschaften sind Wirtschaften mit hohen Renditen und gesuchten Währungen. Mit welcher Größe auch immer die Prüfliste eines Standorts beginnen mag – mit dem Investitionsklima, mit der sozialen Gerechtigkeit, mit der starken Position einer Wirtschaft im internationalen Verbund –: der Blick in die Beschäftigungsstatistik gibt die erste und beste Orientierung.

Es hat also seinen Grund, dass zur Bundestagswahl die Parteien ihre „Kompetenz für Arbeit“ herausstellen. Auf direktem Wege kann die Politik keine – jedenfalls keine nachhaltig wirtschaftlichen – Arbeitsplätze schaffen. Aber sie kann durch mehr oder weniger günstige Rahmenbedingungen das Angebot an Arbeitsplätzen positiv oder negativ beeinflussen. Die Stichworte, die für solche Rahmenbedingungen stehen, ziehen sich durch weite Teile der Gesetzgebung: Steuern, Sozialabgaben, Kündigungsschutz, Bedingungen für Leiharbeit und Teilzeitbeschäftigung, Mitbestimmung – und über allem die Regelungsbefugnisse der Tarifparteien.

Wenig wäre gewonnen, wenn sich der Kompetenzwettbewerb der Parteien auf eine verbesserte Vermittlung beschränkte – so wichtig die auch ist. Entscheidend für die Beschäftigungsaussichten ist der Kompetenzwettbewerb der arbeitsplatzschaffenden Rahmenbedingungen. Dafür gibt es eine einfache, aber in die richtige Richtung weisende Faustformel: Arbeitsplätze schafft, wer das Investieren begünstigt. *Hans D. Barbier*

Wenig Vertrauen in die Politik

Das Mannheimer Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS) hat die Bundesbürger gefragt: „Was kann die Politik tun, um die aktuellen wirtschaftlichen Probleme zu lösen?“ „Nichts“, meinen 68 Prozent der Befragten. 49 Prozent sind außerdem sicher, dass falsche politische Entscheidungen für die aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich sind.

Knapp 50 Prozent der Befragten sehen die Wirtschaft noch immer auf Talfahrt. 47 Prozent der Befragten erwarten erst auf längere Sicht eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung.

Quelle: Bundesverband deutscher Banken, Reihe Demoskopie, Heft Nr. 14

Mehr Lehrgeld gezahlt

Lehrlinge haben im Jahr 2001 durchschnittlich 566 € Ausbildungsvergütung erhalten. Das waren 1,9 Prozent mehr als im Jahr 2000. In Ostdeutschland lagen die Lehrlingsgehälter mit 497 € unter dem Westniveau (582 €). Diese Zahlen hat das Bundesinstitut für Berufsbildung für 208 Berufe in West- und 171 in Ostdeutschland ermittelt. In den untersuchten Berufen wurden rund 90 Prozent aller Lehrlinge ausgebildet.

Zu den „Besserverdienenden“ zählten Azubis im Bau-

hauptgewerbe (Maurer/Zimmerer/Straßenbauer) mit durchschnittlich 788 € pro Monat in den alten und 643 € in den neuen Ländern. Versicherungskaufleute (756 € bundeseinheitlich) und Lehrlinge im Gerüstbau (741 € im Westen, 621 € im Osten) verdienen ebenfalls nicht schlecht. Im Friseurhandwerk (West: 398 €, Ost: 245 €), in der Floristik (West: 413 €, Ost: 301 €) und im Bäckerhandwerk (West: 455 €, Ost: 350 €) wurde dagegen weniger Lehrlingslohn gezahlt.

@: www.bibb.de/publikat/pm/pm02/

Wahlzettel T-Aktie

46 Prozent der rund drei Millionen Telekom-Aktionäre machen die Bundesregierung für den Kurssturz der T-Aktie mitverantwortlich. Das zeigt eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag des Hamburger Magazins Stern.

19 Prozent der Befragten geben sogar an, dass die Kursentwicklung ihre Entscheidung bei der kommenden Bundestagswahl am 22. September beeinflussen wird; hochgerechnet sind das eine halbe Million Stimmen. Besonders sauer sind diejenigen, die während des dritten Börsengangs im Frühsommer 2000 zu Kursen von gut 66 € eingestiegen sind. Mitte Juli 2002 war die Aktie noch knapp 12 € wert.

@: www.forsa.de

Arbeitsplätze in Haus und Garten

37 000 Menschen sind gegenwärtig in Privathaushalten beschäftigt. Mehrere 100 000 könnten dort beschäftigt werden, denn in diesem Bereich gibt es massig zu tun. Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit, hat das erkannt. Er würde gern ältere Arbeitnehmer mit Mitteln seiner Behörde für anspruchsvolle Tätigkeiten in Haus und Garten qualifizieren. Er denkt auch daran, Zuschüsse an die Haushalte zu geben, damit die Haushaltshilfen bezahlt werden können.

Was soll man zu solchen Vorschlägen sagen? Müssen Menschen in fortgeschrittenem Alter wirklich noch für diverse Hausarbeiten qualifiziert werden? Ist eine rundum staatlich finanzierte Unterstützung der Hausarbeit sinnvoll? Und hat man schon überlegt, wer aufbringen soll, was der Staat so großzügig verteilt?

dazu auch: DIW-Wochenbericht Nr. 23/2002

Konstantes Fernweh

Ferienzeit, Reisezeit: Nach Schätzung der Tourismusorganisationen werden auch in diesem Jahr wieder rund 50 Millionen Bundesbürger eine oder mehrere Urlaubsreisen antreten. Insgesamt werden die deutschen Urlauber auf ihrer Wanderschaft rund um den Globus schätzungsweise 51 Milliarden € ausgeben.

@: www.deutschland-tourismus.de

Zwei Pläne, ein Ziel: weniger Arbeitslose

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat eine Kommission unter Vorsitz von Peter Hartz, Mitglied des Vorstands der Volkswagen AG, um Vorschläge zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gegeben. Er dringt darauf, dass diese Vorschläge jetzt, im Wahlkampf, vorgelegt werden. Edmund Stoiber und der Wirtschaftsfachmann in seinem Wahlkampfteam, Lothar Späth, haben darauf reagiert und die „Offensive 2002 - Aufschwung für Arbeit“ vorgestellt. IM KLARTEXT hat in beiden Katalogen gelesen.

Die Hartz-Kommission

Die Hartz-Kommission konzentriert ihre Vorschläge auf die schnellere Vermittlung von Arbeitslosen. Der Grundgedanke: Die Arbeitsverwaltung wird umfassender Dienstleister für Unternehmen und Arbeitssuchende. Hierzu sollen die Arbeitsämter neu organisiert, die Arbeitsverwaltung entbürokratisiert und die Arbeitslosen selbst stärker motiviert werden.

Die Kommission regt an, in jedem Arbeitsamt eine Personal-Service-Agentur (PSA) als Zeitarbeitsgesellschaft einzurichten. Arbeitslose, die nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit nicht vermittelt sind, sollen PSA-Mitarbeiter werden und über Tarifvertrag sozial abgesichert sein.

Künftig soll jeder Vermittler höchstens 200 Arbeitslose betreuen. Das wäre ein bedeutender Fortschritt, denn derzeit betreuen Vermittler in

Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit bis zu 7 000 Arbeitslose.

Die Hartz-Kommission plädiert dafür, die Aufgaben von Arbeits- und Sozialämtern, Suchtberatungen und ähnlichen Hilfe-Institutionen zusammenzulegen. Die Sozialämter sollen als zentrale Anlaufstellen dienen, die in allen Fragen von Ausbildungs- und Arbeitsplatzwahl „Betreuung aus einer Hand“ bieten.

Die rechtlichen Regelungen über Ansprüche und Leistungen bei Arbeitslosigkeit müssen nach Meinung der Kommission einfacher, flexibler und verständlicher werden. Eine Arbeitslosengeld-Pauschale für die ersten sechs Monate würde zum Beispiel weniger Verwaltungsaufwand bedeuten.

Arbeitnehmer sollen schon bei Kündigung und nicht - wie bisher - erst zu Beginn der Arbeitslosigkeit das Arbeitsamt aufsuchen.

Sie müssen gegebenenfalls auch weiter entfernte Arbeit und schlechtere Bezahlung akzeptieren. Jungen, alleinstehenden Arbeitslosen soll mehr abverlangt werden als Familienvätern oder älteren Beschäftigten.

Es soll Beitragsrückerstattungen und Karenzzeiten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer geben. Betriebe, die keine Stellen abbauen, sollen zum Beispiel weniger an die Arbeitslosenversicherung zahlen.

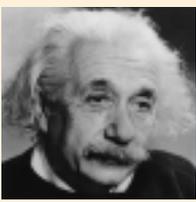
Schwarzarbeiter sollen durch ein vereinfachtes Verfahren zu Selbständigen werden. Die Kommission schlägt bis zu 15 000 € Verdienst vor, die nicht auf Arbeitslosengeld angerechnet werden. Wer sich auf die neue Selbständigkeit einlässt - als so genannte Ich-AG -, ist sozialversichert.

Steuern und Sozialabgaben sollen gesenkt, im Gegenzug sollen auch die Leistungen bei Arbeitslosigkeit gekürzt werden. Freiwillige, private Zusatzversicherungen - Mobilitätsversicherung, Beschäftigungsversicherung - sollen die Kürzungen auffangen.

Die Kosten für die Umsetzung der Vorschläge werden auf sieben Milliarden € geschätzt.

Vorschläge der Hartz-Kommission

Arbeitslose im Juni 2002:	3 900 000
Arbeits- und Sozialämter zusammenlegen	- 230 000
Schnellere Vermittlung	- 450 000
Abbau der Schwarzarbeit	- 500 000
Personal-Service-Agenturen	- 780 000
Arbeitslose im Juni 2005:	1 940 000



Nachdenken

„Wir können Probleme nicht mit den Denkmustern lösen, die zu ihnen geführt haben.“

Albert Einstein

Der Stoiber-Späth-Plan

Das Anfang Juli von Edmund Stoiber und Lothar Späth vorgelegte Maßnahmenbündel will mehr als eine effiziente Arbeitsverwaltung erreichen. Der Plan besteht aus sieben Einzelinitiativen, die zusammenwirken und mehr Arbeitsplätze schaffen sollen.

Der Stoiber-Späth-Plan will Steuern und Abgaben senken, um die Investitions- und Innovationskraft der Wirtschaft und die Kaufkraft der Bürger zu stärken. Zum Einstieg soll die für 1. Januar 2003 beschlossene Ökosteuererhöhung ausgesetzt werden.

Zum Erhalt eines funktionsfähigen Mittelstands sollen Vorschriften und Gesetze vereinfacht oder abgeschafft werden. Der Mittelstand soll außerdem durch höhere Abschreibungen gestärkt werden und durch die Deutsche Ausgleichsbank und die Kreditanstalt für Wiederaufbau leichter Zugang zum Kapitalmarkt erhalten. Besonders die mittelständische Bauwirtschaft soll stabilisiert und die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Güterverkehrsgewerbes gestärkt werden. Die künftigen Einnahmen aus der Lkw-Maut sollen in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investiert werden.

Ein kommunales Investitionsprogramm soll Städten und Landkreisen in den neuen Bundesländern eine Milliarde € für dringende Arbeiten an Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten, Sport- und Kultureinrichtungen verschaffen. Damit werde zugleich vielen existenzbedrohten mittelständischen Unternehmen und

Handwerkern geholfen. Zusätzlich wird ein Sonderförderprogramm „Offensive Zukunft Ost“ aufgelegt, um Mittelstand, Existenzgründer und Innovationen in Ostdeutschland mit einer weiteren Milliarde € zu unterstützen.

Auf dem Arbeitsmarkt soll mit Hilfe eines „Drei-Säulen-Modells“ der Niedriglohnbereich ausgebaut werden. Die 325-€-Grenze für Geringverdiener soll auf 400 € steigen. Für Arbeitnehmer, die zwischen 401 € und 800 € verdienen, sollen die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt werden. Nehmen Arbeitslose eine Arbeit an, die ihnen weniger Verdienst einbringt, als sie bisher an sozialen Leistungen bekommen, sollen sie einen Aufstockungsbetrag erhalten.

Ebenso wie Hartz setzen auch der Stoiber und Späth auf verschärfte Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose. Kürzungen bei den Leistungen soll es nur geben, wenn die Beiträge fallen. Zudem soll die kommerzielle Leiharbeit ausgebaut und erweitert werden.

Die Kosten für die Umsetzung des Stoiber-Späth-Plans werden auf zehn Milliarden € veranschlagt.

Fazit

Für die überwiegende Mehrzahl der Menschen ist Erwerbsarbeit die einzige Möglichkeit, Einkommen zu erzielen. Für diese Mehrzahl ist Arbeit Voraussetzung für einen gesicherten Lebensstandard und individuelle Freiheit. Deshalb ist Vollbeschäftigung konstitutiver Teil der Sozialen Marktwirtschaft. Unter dieser Prämisse betrachtet war das Versprechen des Bundeskanzlers, die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu senken, unterstützenswert. Erreicht hat er in den vier Jahren nichts.

Auch die beiden Reformkonzepte bieten zu wenig:

- Die Hartz-Kommission zeigt auf, wie die Arbeitsverwaltung umfassend und kompetent zu beraten und zu vermitteln hätte. Dass diese Effizienz bislang nicht existiert, ist angesichts von vier Millionen Arbeitslosen und im Hinblick auf die Milliardenbeträge, die für die Arbeitsverwaltung aufgewendet werden, ein Skandal. Darüber hinaus blendet die Hartz-Kommission völlig aus, dass eine noch so effiziente Verwaltung keine Arbeitsplätze schaffen kann.

• Der Stoiber-Späth-Plan setzt an diesem Punkt an. Er stellt heraus, dass wichtige Voraussetzungen für arbeitsplatzschaffende Investitionen fehlen. Anreize zu selbständigem Wirtschaften und ein besseres Investitionsklima können durch Stärkung mittelständischer Strukturen, eine bessere Kapitalversorgung und mehr Existenzgründer geschaffen werden. Aber auch Stoiber und Späth setzen nicht in erster Linie auf den Markt, sondern auf mehr staatliche Förderung, vor allem in den neuen Bundesländern. Seit 1990 sind rund 800 Milliarden € dorthin geflossen. Es muss erlaubt sein zu fragen: Was können die geplanten zwei Milliarden des Stoiber-Späth-Plans bewirken, wenn das Vierhundertfache bislang nicht geholfen hat?

Hohe Arbeitskosten und Regulierungen sind die Ursachen für die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Eine nach wie vor zwingende Arbeitsmarktreform dürfte nicht auf punktuelle Maßnahmen vertrauen, sondern müsste die grundsätzlichen Voraussetzungen für Arbeit verbessern. Dann könnten nachhaltige Investitionsanreize entstehen, und es könnte sich Eigeninitiative entfalten. Damit wäre ein beachtliches Wegstück hin zur Vollbeschäftigung geschafft. *Andreas Schirmer*

Vorschläge des Stoiber-Späth-Plans

Arbeitslose im Juni 2002:	3 900 000
Offensive Zukunft Ost	- 800 000
Förderung Niedriglohnbereich	- 900 000
übrige Maßnahmen	nicht bezifferbar
Arbeitslose im Juni 2005:	weniger als 2 200 000



„Nur 25 Prozent glauben, dass die politisch Verantwortlichen in der Lage sind, das Hartz-Konzept weitgehend umzusetzen... Warum – so fragen sich die Wähler – soll jetzt auf einmal alles gehen, wenn vier Jahre lang überhaupt nichts ging?“

Klaus-Peter Schöppner, Hauptgeschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts Emnid

IM KLARTEXT

August 2002

Die Ziele der Sozialen Marktwirtschaft

Ludwig Erhard wollte mit seiner Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung garantieren, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Aus diesem Leitbild ergeben sich konkrete Ziele der Sozialen Marktwirtschaft wie Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Warteschleife

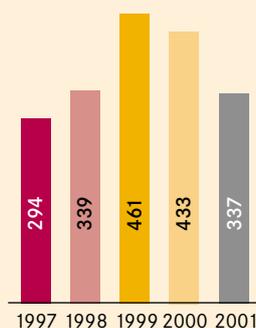
Beschäftigungsförderung

100 000 Arbeitsplätze für Jugendliche versprach Gerhard Schröder im Wahlkampf 1998. Herausgekommen ist das milliarden schwere Jugendarbeitslosenprogramm „Jugend mit Perspektive“, kurz „Jump“ genannt. 452 400 junge Arbeitslose im Januar 1999 gaben den Anstoß für das Programm. Es ist für junge Menschen bis 25 Jahre gedacht, die wegen psychischer oder sozialer Probleme keine Ausbildung abgeschlossen und daher

Bisher haben rund eine halbe Million Jugendliche an „Jump“ teilgenommen. Die Bundesanstalt für Arbeit hat nachgeforscht, wo die Jugendlichen nach Abschluss von „Jump“ bleiben: 24,1 Prozent der Teilnehmer gehen sechs Monate nach „Jump“ einem Job auf dem ersten Arbeitsmarkt nach. Ein weiteres Viertel ist wieder arbeitslos. Der Rest steckt in einer Ausbildung, besucht noch mal eine Schule, absolviert eine weitere staatliche Trainingsmaßnahme oder steht dem Arbeitsmarkt – wegen Erziehungsurlaub oder Wehrdienst – nicht zur Verfügung. Gekostet hat „Jump“ bisher gut drei Milliarden €. Die Jugendarbeitslosigkeit ist trotzdem nicht gesunken – im Gegenteil.

Aktienvermögen

Privates Geldvermögen in Aktien
Kurswert in Milliarden €

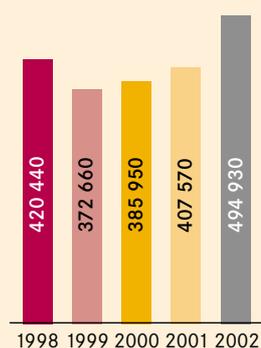


Quelle: Dt. Bundesbank, Juni 2002

Bei einer europaweiten Umfrage unter 5 000 Studierenden ergab sich, dass vor allem der akademische Nachwuchs kaum nach beruflicher Selbständigkeit strebt: 78 Prozent würden am liebsten bei einem großen internationalen Konzern Karriere machen, 50 Prozent könnten sich auch die Arbeit in einem kleinen oder mittelständischen Unternehmen vorstellen, für jeden siebten käme ein Job in einer gemeinnützigen Organisation in Betracht. Nur jeder neunte plant seine Selbständigkeit.

Jugendarbeitslosigkeit

(jeweils Juni)



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

auf dem Arbeitsmarkt wenig Chancen haben. Durch „Jump“ soll ihnen eine Aus- oder Weiterbildung ermöglicht werden.

Albtraum Vermögensschwund

Der Kursverfall an den Börsen in den Jahren 2000 und 2001 hat gravierende Folgen für die Anleger: Die Kapitalvernichtung – im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank „bewertungsbedingte Vermögensreduktion“ genannt – beläuft sich auf rund 160 Milliarden €. Das entspricht dem Gegenwert von 640 000 Einfamilienhäusern zu einem Kaufpreis von 250 000 €.

Aktienfondsanteile oder Aktien wollte Ende 2001 kaum jemand haben: Der Absatz bei Fondsanteilen erreichte nur noch ein Ach-

tel des Vorjahreswertes. Drastischer war die Änderung beim direkten Aktienwerb: Aktienkäufe für 30 Milliarden € im Jahr 2000 standen Verkäufe in fast gleichem Umfang 2001 gegenüber.

Karriereziel „Abhängig Beschäftigter“

Im Vergleich zu anderen Ländern scheint es in Deutschland wenig verlockend, selbständig zu sein: Seit 1998 haben die Gewerbeanmeldungen kontinuierlich abgenommen; der Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen – die so genannte Selbständigenquote – sank in diesem Zeitraum von knapp 11 auf 10,2 Prozent.

Gewerbeanmeldungen



* geschätzt

Quelle: Stat. Bundesamt

dazu auch: Global Entrepreneurship Monitor, Länderbericht Deutschland 2001; www.uni-koeln.de/wiso-fak/wigeo/index.html

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Gestaltung: New Concept, Düsseldorf
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Wirtschaftswissenschaften